

Positionspapier des Unternehmerkuratoriums Nord „Wirtschaftswachstum im Norden – Wasserstoff, Innovation und Infrastrukturplanung“

Einführung

Norddeutschland steht zu Beginn der 2020er Jahre unverändert vor der großen Herausforderung, sich im Wettbewerb der Regionen zu behaupten und das in Deutschland vorherrschende ökonomische Süd-Nord-Gefälle auszugleichen. Die aktuelle Corona-Krise hat diese Herausforderung erheblich verstärkt, eröffnet aber gleichzeitig, insbesondere durch einen bislang ungekannten Digitalisierungsschub, auch neue Chancen, die es beherzt zu nutzen gilt.

Trotz spürbar positiver Einzelentwicklungen ist in den norddeutschen Ländern kein grundsätzlicher und flächendeckender Aufholprozess zu verzeichnen. Im Gegenteil: Die in weiten Teilen auf ganz Norddeutschland übertragbare Studie der OECD zur Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion Hamburg bescheinigt ein strukturell schwächeres Wirtschaftswachstum gegenüber Referenzregionen, insbesondere in Süddeutschland.¹ Aktuelle Auswertungen zeigen, dass das Süd-Nord-Gefälle sogar weiter zuzunehmen droht.²

Die Ursachen für diese Wachstumsücke sind vielfältig. Wesentliche beeinflussbare Gründe hierfür liegen im Zustand der norddeutschen Infrastruktur und in der häufig nur schleppenden Realisierung wichtiger Infrastrukturprojekte in Verkehr, Energie und im digitalen Bereich, vor allem aber in der politisch-administrativen Heterogenität Norddeutschlands.

Der norddeutschen Wirtschaft fehlt im internationalen Standortwettbewerb (zu) häufig die kritische Masse. Zu wichtigen Trends existieren zwar zahlreiche dezentrale Aktivitäten, die isoliert jedoch keine ausreichende Wirkung entfalten können. Eine stärkere Abstimmung der norddeutschen Länder in Gesetzgebungsverfahren und politischen Initiativen auf EU- und Bundes-Ebene ist nötig, um dem Norden insgesamt größere Bedeutung zu verleihen. Die norddeutsche Wirtschaft regt daher an, hierfür eine gemeinsame Koordinierungsstelle der norddeutschen Länder zu installieren. Auch der sich verschärfende internationale Standortwettbewerb und die sich nach der Corona-Krise voraussichtlich deutlich verringerten staatlichen Unterstützungsmöglichkeiten in allen Bundesländern sowie die sich weiter verändernden weltweiten Rahmenbedingungen erfordern dringend eine Bündelung der Stärken Norddeutschlands.

Aus Sicht des Unternehmerkuratoriums Nord sind folgende Aspekte hierfür besonders zielführend:

¹ OECD Territorial Review, Metropolregion Hamburg 2019, <http://www.oecd.org/berlin/publikationen/regionalentwicklung-metropolregion-hamburg.htm>.

² s. Anlage: Aktuelle Indikatoren zum Süd-Nord-Gefälle.

1. Wasserstoff-Technologie als historische Chance für Norddeutschland nutzen

Der Erfolg der Energiewende wird sich voraussichtlich im windreichen Norden Deutschlands entscheiden. Bereits heute gibt es viele Regionen in Norddeutschland, deren Strombedarf – zumindest rechnerisch – vollständig aus erneuerbaren Energien gedeckt werden kann. In diesem Kontext bietet die Wasserstoff-Technologie eine historische Doppel-Chance: Als CO₂-freier Energiespeicher kann aus umweltfreundlichem Wind- und Solarstrom erzeugter „grüner“ Wasserstoff ein zentrales Instrument im Einsatz gegen den globalen Klimawandel werden und sich damit für den Norden zum „Game Changer“ für die Entwicklung des Süd-Nord-Gefälles entwickeln. Das Unternehmerkuratorium Nord begrüßt, dass die Konferenz Norddeutschland das Thema Wasserstoff aktiv im gesamtnorddeutschen Schulterschluss vorantreibt. Die im November 2019 gemeinsam beschlossene Norddeutsche Wasserstoff-Strategie ist in dieser Hinsicht ein Meilenstein. Sie weist den Weg in eine CO₂-freie Zukunft des Nordens. Wichtig ist nun vor allem, diesen Schulterschluss entschlossen weiterzuführen und entschieden gegenüber der Bundesregierung auf eine Umsetzung der norddeutschen Positionen zu drängen. Hierzu fordert die norddeutsche Wirtschaft, die Grundlagen für den Aufbau einer erfolgreichen und nachhaltigen Wasserstoff-Wirtschaft im Norden zu schaffen, ohne dass dadurch der notwendige schnelle Ausbau der Infrastrukturen für batterieelektrische Antriebe oder andere alternative Antriebsformen ins Hintertreffen gerät:

- **Norddeutsche Forderungen an die Bundespolitik:** Es ist eine Vielzahl von Maßnahmen nötig, um den regulatorischen Rahmen zur Förderung der Wasserstoff-Technologie und ihrer wirtschaftlichen Anwendung zu verbessern.³ Erste Schritte wurden im Zuge der EEG-Novelle 2021 gemacht. Die Begrenzung der EEG-Umlage bei der Wasserstoffherzeugung nach der Besonderen Ausgleichsregelung und die Vollbefreiung von der EEG-Umlage bei der reinen Erzeugung „grüner“ Wasserstoffs sind wichtige Signale in Richtung der norddeutschen Wirtschaft. Weitere bestehende Wettbewerbsnachteile sind unverzüglich durch die verantwortlichen Rechtsetzungsgeber abzubauen. Der notwendige Markthochlauf im Bereich der Mobilität ist zu forcieren durch Erleichterungen bei der öffentlichen Beschaffung von CO₂-freien Antriebstechnologien in den Bereichen Fuhrparks und kommunale Fahrzeuge (Busse, Bahn, Schiff, Nutzfahrzeuge). Einheitliche Vergaberegeln in Form eines norddeutschen Vergabehandbuchs sind zeitnah einzuführen.
- **Norddeutschland als Wasserstoff- und Energieregion vermarkten:** Als Energieproduzent und mit „grünem“ Wasserstoff sowie weiteren speicherfähigen Medien bieten sich dem Norden große Chancen, Unternehmen mit hohem Energiebedarf, die auf umweltfreundliche Energie setzen, anzusiedeln. Die norddeutschen Wirtschaftsförderungsgesellschaften sollten entschlossen in die gemeinsame internationale Vermarktung des Nordens als „Energy and Hydrogen Valley“ investieren. Mit den nun vorliegenden ersten Entwürfen zu HY-5 wurde ein erster gemeinsamer Schritt gegangen. Diesen gilt es weiter auszurollen und die fünf norddeutschen Länder regional, national und international als die HY-5 Region nachhaltig zu präsentieren mit einheitlichen Wort-Bildmarken. Mehr Stromverbraucher und auch potenzielle Investoren in die Wertschöpfungsketten zur Vollendung der Energiewende in den Norden zu locken, muss erklärtes gemein-

³ Eine ausführliche Darstellung der sinnvollen Einzelmaßnahmen würde den Rahmen dieses Papiers übersteigen, findet sich aber unter:

<https://www.ihk-nord.de/blueprint/servlet/resource/blob/4500758/0ca17d9e9ff1b39527f85380512d306f/20190807-positions-papier-wasserstoff-data.pdf>

sames Ziel sein. Zugleich kann dies auch der Schlüssel für eine Reduktion der im nationalen und internationalen Vergleich hohen Strompreise in Norddeutschland sein. Die Politik sollte als Treiber für eine gemeinsame Vermarktung norddeutsche Bewerbungen für die Benchmark-Veranstaltung „World Hydrogen and Energy Conference“ sowie für das EU-Förderprogramm „European Hydrogen Valley“ auf den Weg bringen.

- **Norddeutsches Wasserstoff-Cluster schaffen:** Die Vielzahl der Akteure der norddeutschen Wasserstoff-Wirtschaft ist noch zu dezentral organisiert. Eine stärkere Vernetzung muss organisiert und finanziert werden. Jetzt besteht die Chance, durch einen Bundesländer übergreifenden Ansatz die Dopplung von Strukturen zu vermeiden und Kräfte zukunftsorientiert für ganz Norddeutschland zu bündeln. Durch die Zusammenarbeit können frühzeitig Synergien geschaffen werden, die die Ressourcen der fünf norddeutschen Bundesländer dauerhaft schonen und den Standort gleichermaßen zukunftsfähig entwickeln. Hierfür ist die Entwicklung eines norddeutschen Clusters für Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologie als gesamtnorddeutsche Initiative notwendig. Norddeutschlands soll sich an der Spitze der nationalen und internationalen Wasserstoffwirtschaft etablieren. Dafür sind geeignete rechtliche Rahmenbedingungen und konkrete Schritte zu einem strukturierten Markthochlauf erforderlich. Der Erfolg ist von einer engen norddeutschen Zusammenarbeit abhängig. Wichtiges Instrument der Politik muss es darüber hinaus sein, mit einem solchen Cluster die in Norddeutschland betriebenen Forschungsaktivitäten auf dem Gebiet des Wasserstoffs substanziell zu fördern, um eine Spitzenstellung auf dem Feld der damit verbundenen Technologien auf längere Sicht sicherzustellen und weiter auszubauen. Daneben muss es Ziel sein, alle an der Veredlung des Stroms aus erneuerbaren Energien zu beachtenden Wertschöpfungsstufen in Norddeutschland abzubilden und zukunftsfähig auszubauen: Erzeugung, Umwandlung, dezentrale und zentrale Speicherung, Verwendung in allen Bereichen der Mobilität, der Industrie sowie für die Wärme- und Kälteerzeugung. Die Norddeutsche Wasserstoffstrategie und auch der Prozess zur Auswertung des OECD-Gutachtens haben zu einer Vielzahl von Aktivitäten in unterschiedlichen Arbeitsgruppen geführt mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und teilweise Dopplungen. Eine regelmäßige Bestandsaufnahme und ein regelmäßiges Reporting aller Beteiligten in Politik, Wirtschaft und Forschung ist zwingend erforderlich

2. Innovationsverbund Norddeutschland installieren

Gemäß den Empfehlungen der OECD-Studie zur Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion Hamburg ist das Thema Innovation besonders geeignet, im länderübergreifenden Schulterschluss bearbeitet zu werden. Dabei sind die Investitionen in Forschung und Entwicklung in Norddeutschland insgesamt ausbaufähig. Zudem bescheinigt die OECD der Metropolregion insgesamt eine vergleichsweise niedrige Arbeitsproduktivität aufgrund des durchschnittlichen Kompetenzniveaus. Deshalb sollten die norddeutschen Länder überproportional in ihre Bildungssysteme investieren, diese stärker harmonisieren und steuerliche Anreize für mehr unternehmerische Ausgaben in Forschung und Entwicklung setzen. Das Unternehmerkuratorium Nord plädiert für eine integrierte Steuerung des Themas „Innovation“ auf norddeutscher Ebene. Für eine Steigerung der Innovationsdynamik regen die im Unternehmerkuratorium Nord zusammengeschlossenen Institutionen folgende Maßnahmen an:

- **Überregionale Innovationsstrategie entwickeln – norddeutsche Innovationsagentur gründen:** Bisher gibt zwar es in allen norddeutschen Bundesländern eigene Innovationsagenturen und länderspezifische Förderprogramme für Innovationsprojekte. Keines dieser Programme unterstützt die Innovationszusammenarbeit in Norddeutschland nachhaltig. Insbesondere spielt die Verzahnung der ländereigenen operationellen Programme für die EFRE-Periode von 2021 – 2027 eine wesentliche Rolle. Die norddeutschen Bundesländer sollten daher für ihre länderspezifischen Innovationsstrategien gemeinsame Felder definieren und für diese Felder eine gemeinsame, schlagkräftige und mit ausreichend Ressourcen ausgestattete „Innovationsagentur Norddeutschland“ mit unterschiedlichen Aufgabenbereichen gründen.
- **Regionale Cluster-Politiken synchronisieren:** Die norddeutschen Bundesländer sind zwar alle dem EU-Ansatz der intelligenten regionalen Spezialisierung gefolgt und haben jeweils eigenständige Clusterstrategien entwickelt, allerdings weitgehend unabhängig voneinander. Bei mehreren dieser Cluster gibt es Überschneidungen zwischen den einzelnen Bundesländern (z.B. maritime Wirtschaft, Logistik, Gesundheits- und Lebenswissenschaften, Luftfahrt und erneuerbare Energien). Ein gemeinsames Konzept für die Nutzung von Synergien zwischen den Bundesländern und ein Mechanismus zur Bündelung von Ressourcen und Kapazitäten fehlen. Daher sollten die existierenden Branchencluster ergänzt werden durch technologiegetriebene Ansätze. Technologien, die in vielen Bereichen zur Veränderung von Wertschöpfungsketten führen, sollten als Technologiecluster über die Ländergrenzen hinweg entwickelt werden. Insgesamt ist die Kooperation zwischen Hochschulforschung und Wirtschaft noch ausbaufähig.
- **Norddeutschland mit internationalen Innovationszentren vernetzen:** Die Vernetzung mit international führenden Technologie-Regionen kann ein wichtiger Impulsgeber für Innovationsprozesse in Norddeutschland sein. Die gemeinsame Gründung des Northern German Innovation Office durch die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen in San Francisco ist ein wichtiger Schritt, um den Innovationstransfer mit dem Silicon Valley zu steigern. Nach diesem Vorbild sollten sich die norddeutschen Länder stets im gemeinsamen Schulterschluss mit weiteren Technologieregionen vernetzen. Das „Silicon Wadi“ rund um Tel Aviv/Israel bietet sich besonders für das immer wichtiger werdende Thema „Cybersecurity“ an. Auch auf eine Zusammenarbeit mit China ist die norddeutsche Wirtschaft angewiesen – unter Berücksichtigung europäischer Werte. Eine Regionalpartnerschaft zwischen der Konferenz Norddeutschland und dem Yangtse-River-Delta wäre eine überregionale Innovationspartnerschaft und auch für die norddeutsche Zusammenarbeit insgesamt eine neuartige und erfolgversprechende Perspektive – ohne dass die bilateralen Partnerschaften davon beeinträchtigt werden.

3. Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen

Wichtige Infrastrukturprojekte in Deutschland kommen viel zu langsam voran. Gerade für den Logistikstandort Norddeutschland ist dies nicht mehr tragbar. Der Ablauf von Antrags- und Genehmigungsverfahren bedarf daher in zeitlicher sowie bürokratischer Hinsicht einer umfassenden Straffung. Bei länderübergreifenden Projekten ist daher dem Unternehmerkuratorium Nord auch eine länderübergreifende Zusammenarbeit in Hinsicht auf die Straffung von Genehmigungsverfahren und die Umsetzung von beschleunigten Planfeststellungsverfahren sehr wichtig. Je nach Zuständigkeit müssen daher der Bund beziehungsweise die Länder ihre Verwaltungen durch eine Erhöhung der

Planungskapazitäten und -mittel wieder in die Lage versetzen, die anstehenden Planverfahren ohne ressourcenbedingte Verzögerungen durchzuführen und abzuschließen. Hierbei ist es unerlässlich, dass die Länder bei Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren kostenverträgliche Lösungen bei einer hohen Umweltbetroffenheit finden. Unabhängig davon sollten Möglichkeiten zur Verfahrensbeschleunigung z. B. durch die Digitalisierung genutzt werden. Das Unternehmerkuratorium Nord hält es für notwendig, die so genannte materielle Präklusion, mit der Einwände gegen ein Projekt bis zu einem festgelegten Stichtag vorgebracht werden müssen, wieder einzuführen. Ziel muss es sein, die Belange der Betroffenen frühzeitig anzuhören, sinnvolle Vorschläge in die Planungsprozesse zu integrieren und gleichzeitig eine Klagekultur, wie sie heute mitunter zu beobachten ist, in der Zukunft zu vermeiden.

Die im Unternehmerkuratorium Nord zusammengefassten Organisationen fordern, die Infrastrukturplanung in Norddeutschland weiter zu stärken:

- Kostenverträgliche Lösungen bei der Berücksichtigung von Umweltbelangen in der Planung und Realisierung von Bauprojekten finden. Die Abwägung von Nutzen und Kosten muss weiterhin der zentrale Maßstab für die Bewertung bleiben. In der Planung und der Gesetzgebung dürfen ökonomische Belange nicht zugunsten ökologischer Belange in den Hintergrund geraten.
- Zur Erweiterung der gerichtlichen Entscheidungsmöglichkeiten und für ein zeiteffizienteres Genehmigungsverfahren sollte die materielle Präklusion wieder eingeführt werden, später auftretende heilbare Fehler dürfen nicht per se zur Aufhebbarkeit von Verwaltungsakten führen.
- Die Vorschläge zur Straffung und zeitlichen Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie der nachgelagerten Gerichtsverfahren aus der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 17. Juni 2020 zur Umsetzung der Energiewende sind zeitnah umzusetzen.
- Die Vorschläge der Aarhus-Kommission zur deutlichen Erweiterung von Einwendungs- und Klagemöglichkeiten aller Anlieger bei Vorhaben sowie die derzeitige Umsetzung in nationales Recht müssen überprüft werden und sich an der Rechtssetzung unserer europäischen Nachbarn, z. B. der Niederlande, orientieren.

4. Norddeutschlands Innenstädte und Ortskerne stärken

Digitalisierung, demografischer Wandel und intensiver Wettbewerb prägen auch Einzelhandel, Gastronomie, Handwerk und innerstädtische Dienstleistungen. Die Corona-Pandemie hat bewirkt, dass weniger Menschen Innenstädte und Ortskerne aufsuchen; stattdessen gewinnt der Online-Handel weitere Marktanteile hinzu. Diese Entwicklung war bereits in der Vergangenheit festzustellen und wurde durch die Corona-Pandemie rasant beschleunigt. Dies wird sich ohne aktives Handeln nicht ändern. Für den Wirtschaftsstandort Norddeutschland sowie dessen regionale Identitäten ist es daher elementar, gewachsene Innenstädte und zentrale Versorgungsbereiche zu bewahren und ihnen eine robuste Zukunftsfähigkeit zu ermöglichen. Ziel von innovativen Ansätzen muss daher eine die Zentralität und Attraktivität stärkende Innenstadtentwicklung sein. Die Sicherung der Innenstadtstandorte sollte aus Sicht des Unternehmerkuratoriums Nord durch die folgenden kurz- bis langfristig wirksamen Maßnahmen unterstützt werden:

- Die Städtebauförderung des Bundes sollte durch niedrigschwellige Landesprogramme ergänzt werden, um Investitionen zur Aufwertung zentraler öffentlicher Räume sowie zur Stimulierung von Nutzungsmischungen (Dienstleistungen, Gastgewerbe, Handel, Produktion, Wohnen, Freizeit, Kultur etc.) zu unterstützen.
- Ergänzende kommunale und Landesprogramme für Innenstadt-Entwicklungskonzepte, Masterpläne, Kümmerer, Beschleunigung von Digitalisierungsprozessen.
- Innovative dezentrale und lokale innerstädtische Logistikkonzepte zur Sicherstellung der Belieferung und Erreichbarkeit der stationären innerstädtischen Angebote.
- Förderung von Quartiersgemeinschaften und zur Aufwertung von Innenstadtstandorte. In dem Zusammenhang sollten Business Improvement Districts (BID)-Gesetze in den Bundesländern, in denen sie bereits erfolgreich Anwendung finden, fortgeschrieben werden.
- Norddeutsche Gesetzesinitiative zur Anpassung baurechtlicher Vorgaben für Lärmemissionen in Nutzungsgemischten Innenstädten. Aufnahme einer Experimentierklausel in das Baugesetzbuch für Transformationsprozesse und schnelle Nachnutzungen leerfallender Kaufhausimmobilien und Ladengeschäfte.
- Investments in Aufenthalts- und Erlebnisqualität: Innenstadt als multifunktionalen Raum entwickeln
- Zentrenentwicklungskonzepte erarbeiten und Zentren-Management etablieren/ unterstützen
- Optimierung der länderübergreifenden Abstimmung sowohl bei der Aufstellung von Landesraumordnungsprogrammen als auch bei der Aufstellung von Regionalen Raumordnungsprogrammen und Flächennutzungsplänen.

Der Veränderungsdruck auf unsere Innenstädte wird geprägt sein von einem coronabedingten gesellschaftlichen Wandel. Dieser Prozess wird uns nicht nur in Norddeutschland in den kommenden Jahren vor große Herausforderungen stellen. Die Mitglieder des UKNord werden dieses Thema daher auch 2022 für die Agenda mit der Konferenz der norddeutschen Bundesländer vorsehen.